

BRASILIEN

DR. JAN WOISCHNIK
VALERIE GRUBER

6. Oktober 2016

www.kas.de/brasilien

Kommunalwahlen im Zeichen der Krise

DER ERSTE WAHLGANG DER LANDESWEITEN KOMMUNALWAHLEN IN BRASILIEN BEGÜNSTIGT

POLITISCHE AUßENSEITER INMITTEN EINER SCHWEREN VERTRAUENSKRISE

- **Die Arbeiterpartei PT von Ex-Präsidentin Dilma Rousseff ist nach deren Amtsenthebung klarer Verlierer der Kommunalwahlen in Brasilien.**
- **Als Gewinner gelten politische Außenseiter in einer fragmentierten Parteienlandschaft. Diese Entwicklung könnte sich bei den nationalen Wahlen 2018 fortsetzen.**
- **Die politische und wirtschaftliche Krise erschüttert das politische Vertrauen der Wähler nachhaltig.**
- **Im Wahlkampf waren im Sinne der Korruptionsbekämpfung erstmals Firmenspenden verboten. Reiche Kandidaten profitieren davon.**
- **Kandidaten der Pfingstkirchen profitieren von der politikfeindlichen Stimmung.**

Eine explosive Mischung aus Korruptions-skandalen, politischer Vertrauenskrise, Inflation und Arbeitslosigkeit stellte den Kontext für die diesjährigen Kommunalwahlen in Brasilien dar. Einen Monat nach der umstrittenen Amtsenthebung der bisherigen Staatspräsidentin Dilma Rousseff wurden die Bürgerinnen und Bürger am 2. Oktober 2016 zum 1. Wahlgang an die Urne gerufen, um Bürgermeister, Vizebürgermeister und Stadträte für das Mandat 2017 bis 2020 zu bestimmen.

Zentrale Wahlergebnisse: Schlappe für die Arbeiterpartei, Gewinne für Außenseiter

Überraschungssieger der Kommunalwahlen ist der Unternehmer und TV-Moderator João Doria, der nach einem kometenhaften Aufstieg mit 53,29% der Stimmen im 1. Wahlgang zum Bürgermeister der Wirtschaftsmetropole São Paulo gewählt wurde. Er vertritt die Partei der Sozialen Demokratie Brasiliens PSDB (Partido da Social Democracia Brasileira), kandidierte erstmals bei einer Wahl und hatte fünf Wochen früher gerade einmal 5% der Stimmen erhalten.

Auch in Brasiliens zweitgrößter Metropole Rio de Janeiro liegt ein Bürgermeisterkandidat vorne, der dem klassischen Profil des politischen Establishments widerspricht: Marcelo Crivella (PRB, Partido Republicano Brasileiro) ist Bischof der Pfingstkirche Igreja Universal und erreichte 27,78% der Stimmen. Am 30. Oktober 2016 tritt er in der Stichwahl gegen den Sozialisten Marcelo Freixo (PSOL, Partido Socialismo e Liberdade) an, der 18,26% erzielte.

Landesweit führen die diesjährigen Kommunalwahlen zu einer zunehmenden Fragmentierung der brasilianischen Parteienlandschaft, die keine Sperrklausel kennt und mit aktuell 35 registrierten Parteien ihren höchsten Zersplitterungsgrad in den letzten 20 Jahren erreicht. Somit gibt es zwar kaum eindeutige Gewinner unter den Parteien, aber doch einen klaren Verlierer: die Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores), die bis zu Rousseffs Amtsenthebung im August 2016 insgesamt 13 Jahre lang durch-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BRASILIEN

DR. JAN WOISCHNIK
VALERIE GRUBER

6. Oktober 2016

www.kas.de/brasilien

gehend den Staatspräsidenten gestellt hatte. Von den 644 Bürgermeisterposten, die sie auf kommunaler Ebene – darunter in São Paulo – im letzten Mandat noch besetzt hatte, konnte sich die PT im 1. Wahlgang der jetzigen Kommunalwahlen nur 256 sichern; 7 Kandidaten müssen noch in die Stichwahl. Das bedeutet einen Rückgang um rund 60%. Die Partei der Demokratischen Bewegung Brasiliens PMDB (Partido do Movimento Democrático Brasileiro) von Rousseffs bisherigem Stellvertreter Michel Temer, der die Staatspräsidentschaft nun bis Ende 2018 übernommen hat, hielt sich weitgehend konstant.

Auffällig ist angesichts der in Brasilien herrschenden Wahlpflicht zudem die hohe Anzahl an Stimmenthaltungen und ungültigen Stimmen in São Paulo und Rio de Janeiro.

Analyse der Wahlergebnisse: Urnengang im Zeichen der Vertrauenskrise

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen spiegeln in erster Linie die tiefe Enttäuschung und Ablehnung der brasilianischen Bevölkerung gegenüber der gesamten politischen Klasse wider. Dies ist vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren und der ständigen Korruptionsskandalen nicht weiter verwunderlich.

Kurz vor ihrer kommunalen Schlappe erlitt die Arbeiterpartei PT durch die Amtsenthebung von Dilma Rousseff wegen Unregelmäßigkeiten im Haushalt bereits auf nationaler Ebene einen schweren Rückschlag. Das Impeachment wurde per Senatsbeschluss am 31.08.2016 mit 61 zu 20 Stimmen besiegelt und wird von Kritikern als parlamentarischer Staatsstreich bezeichnet. Zudem wurde Ex-Präsident Luiz Inácio Lula da Silva, der bislang als größter Sympathieträger der PT galt, im September 2016 als zentraler Drahtzieher des gigantischen Korruptionsskandals „Lava Jato“ (dt. „Autowäsche“) rund um den halbstaatlichen Ölkonzern Petrobras angeklagt. In den gewaltigen Sumpf aus Korruptionsvorwürfen, der von den Brasilianern als Hauptproblem ihres Landes erachtet wird, sind allerdings auch

eine Reihe von anderen Parteien verwickelt, darunter die PMDB des aktuellen Präsidenten Michel Temer.

Als Konsequenz wurde das gesamte politische Establishment, ganz besonders aber die PT, im wahrsten Sinne des Wortes zum roten Tuch für die brasilianische Bevölkerung. Die Wahl des „am wenigsten schlimmsten Kandidaten“, wie die Brasilianer zu sagen pflegen, fiel daher nur noch in wenigen Fällen zugunsten der PT aus. Stattdessen zersplitterten sich die Stimmen, was die Handlungsfähigkeit der künftigen kommunalen Regierungen angesichts des Fehlens einer Sperrklausel beeinträchtigen wird. Denn ein Sammelsurium an schwachen Parteien verkompliziert die Bildung stabiler Mehrheiten und erschwert somit auch die Umsetzung der vielen Veränderungen, die das Volk herbeisehnt. Das massive Misstrauen in Parteien und klassische Mandatsträger führt zudem zu einer negativen Wahrnehmung von Wahlprozessen insgesamt und verschärft die Politikverdrossenheit in Brasilien.

Wer ist nun der „am wenigsten schlimme Kandidat“ in diesem politikfeindlichen Szenario? Immer öfter ein politischer Außenseiter, wie die beiden größten Metropolen des Landes beispielhaft verdeutlichen. Im Wirtschaftszentrum São Paulo verhalf das Image eines erfolgreichen Managers und Nicht-Politikers dem „Tukan“, wie die Brasilianer die Mitglieder der PSDB bezeichnen, João Doria zu seinem zielgerichteten Höhenflug. Seine direkte Landung auf dem Bürgermeistersessel wurde durch den Gouverneur des Bundesstaates São Paulo Geraldo Alckmin (PSDB) unterstützt. In Rio de Janeiro reitet insbesondere Marcelo Crivella (PRB) auf der antipolitischen Protestwelle, indem der Senator in seiner Kampagne darauf abzielt, mit philanthropischen Aktivitäten anstatt mit einem politischen Profil zu punkten.

BRASIL IEN

DR. JAN WOISCHNIK
VALERIE GRUBER

6. Oktober 2016

www.kas.de/brasilien



Neuer Bürgermeister von São Paulo: João Doria
Foto: Rovena Rosa/Agência Brasil

Blickpunkt Wahlrechtsreform: Wahlkampf im Zeichen der Korruptionsbekämpfung

Auch wenn es durch die mediale Übermacht der nationalen Korruptionsskandale auf den ersten Blick nicht so aussieht, sollten die diesjährigen Kommunalwahlen eigentlich ein Signal der Korruptionsbekämpfung setzen. Denn es handelt sich um den ersten Urnengang, seit Brasiliens Oberstes Gericht im September 2015 die Wahlkampffinanzierung durch Unternehmensspenden für verfassungswidrig erklärt hat. Diese Wahlrechtsreform, die über Jahrzehnte immer wieder diskutiert worden war, soll nun endlich einen der zentralen Auslöser für die systemimmanente Korruption des Landes aus den Angeln heben – auch wenn dies natürlich eine komplexe und langfristige Aufgabe ist.

Dabei fußt die Problematik weiterhin darauf, dass Wahlkampagnen in Brasilien aufgrund des personalisierten Verhältniswahlsystems sehr teuer sind. Denn unabhängig von ihrem Listenplatz erhalten diejenigen Kandidaten ein Mandat, die die meisten Stimmen vereinen. Somit muss sich jeder von ihnen auch gegen seine eigenen Parteikollegen durchsetzen, sodass die Wahlen stark personenbezogen sind und die Parteien an Bedeutung verlieren. Dadurch entstehen hohe Kosten im Wahlkampf, die bislang vor allem über private Spenden von Firmen gedeckt wurden – ein fruchtbarer Nährboden für Korruption. Schließlich spenden Unternehmen in der Regel nicht für die Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat, sondern investieren in die Maximierung ihrer zukünftigen Gewinne.

Das Verbot von Firmenspenden soll die Politiker nun wieder gegenüber dem Volk verpflichten, was gänzlich im Sinne der demokratischen Ordnung ist. Allerdings war der erste Praxistest der neuen Regelung eine harte Feuerprobe, in der es vielen Kandidaten schwer fiel, dem Volk ihre Botschaften zu überbringen. Dies lag zunächst daran, dass die Wähler unter anderem durch das Amtsenthebungsverfahren sowie die Olympischen und Paralympischen Spiele in Rio de Janeiro bis kurz vor der Wahl abgelenkt waren. Zudem wurde die Wahlkampfdauer um die Hälfte gekürzt und die Wahlwerbezeit im Fernsehen deutlich verringert. Darüber hinaus stellt die massive Wirtschafts- und Vertrauenskrise nicht gerade einen einfachen Zeitpunkt dar, um Spenden von Privatleuten einzutreiben – auch wenn die Kandidaten noch so aktiv den Dialog mit den Wählern suchen. Zwar gibt es auch einen Parteienfonds aus öffentlichen Mitteln, jedoch profitierten davon im 1. Wahlgang primär die Favoriten.

Ergebnis war, dass letztlich gut situierte Kandidaten, die beträchtliche Summen aus der eigenen Tasche investieren konnten, einen Vorteil aus der Wahlrechtsreform schlugen. São Paulos neuer Bürgermeister João Doria ist das beste Beispiel dafür: Seine Kampagne war mit 13 Millionen Real (rund 3,6 Millionen Euro) die teuerste dieser Kommunalwahlen; davon bezahlte er allein 2,4 Millionen Real (knapp 670.000 Euro) aus seinem Privatvermögen. Dass solche Kandidaten in Brasilien nicht die Bevölkerungsmehrheit repräsentieren, liegt auf der Hand.

Außerdem wurden bei einem Drittel der registrierten Wahlkampfspenden Unregelmäßigkeiten festgestellt. Die verdächtigen Gelder stammen insbesondere von Empfängern brasilianischer Sozialprogramme, Arbeitslosen und sogar von Toten. Welche Art von Manipulation auch immer hinter dieser großen Anzahl an suspekten Geldquellen steckt – zur Wiederherstellung des verlorenen Vertrauens in die Politik trägt sie nicht gerade bei.

BRASILIEN

DR. JAN WOISCHNIK
VALERIE GRUBER

6. Oktober 2016

www.kas.de/brasilien

Blickpunkt Religion: Kirchen(unternehmen) in der Politik

Interessant sind die Kommunalwahlen 2016 zudem im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Religion und Politik. Dies verdeutlicht insbesondere der Senator Marcelo Crivella (PRB), der Ende Oktober in der Stichwahl um das Bürgermeisteramt von Rio de Janeiro antritt. Nachdem er in früheren Kandidaturen aufgrund seiner Funktion als Bischof der Igreja Universal auf hohe Ablehnung gestoßen war, versucht er nun, sein Image von dieser Pfingstkirche zu lösen und sich als vorurteilsfreier Diener des Allgemeinwohls zu positionieren.

Vor diesem Hintergrund erregte ein Wahlpamphlet Aufsehen, das ihn neben dem katholischen Erzbischof von Rio de Janeiro Kardinal Dom Orani zeigt. Die Erzdiözese sprach sich gegen die Verwendung des Fotos aus, das eine Unterstützung Crivellas durch Dom Orani suggeriert. Zudem ermittelt nun das regionale Wahlgericht gegen ihn wegen unzulässiger Wahlwerbung im laizistischen brasilianischen Staat. Auf ähnliche Kritik – wenn auch mit geringerer Medienwirksamkeit – stieß Crivella aufgrund eines Fotos mit einem Priester der afrobrasilianischen Candomblé-Religion.

Warum sorgt seine Verbindung zur Igreja Universal do Reino de Deus (dt. Universalkirche des Königreichs Gottes) für so viel Aufruhr? Dies hat verschiedene Gründe. Crivella ist Neffe des Kirchengründers Edir Macedo, der nicht nur wegen Drogenhandel und Geldwäsche, sondern insbesondere auch wegen persönlicher Bereicherung auf Kosten der Ärmsten massiv in der Kritik steht. Als eine der einflussreichsten Pfingstkirchen folgt die Igreja Universal der Logik eines Wirtschaftsunternehmens, das seine Marktmacht unter anderem über zahlreiche Medienkanäle kontinuierlich expandiert. Seit den neunziger Jahren weitet sie zudem ihren Einfluss auf die kommunale und nationale Politik aus. 2005 entstand aus den Reihen dieser Pfingstkirche die republikanische Partei PRB, der auch Crivella angehört. Sie konnte im 1. Wahlgang dieser Kommunalwahlen die Zahl ihrer Bürgermeister und Stadträte landesweit um über 30% erhöhen

und hat nun gute Aussichten, die Stichwahl in der zweitgrößten Metropole Brasiliens für sich zu entscheiden.

Problematisch ist dabei, dass die innerhalb der Igreja Universal von Crivella koordinierte Kandidatenauswahl keinen demokratischen Prinzipien folgt. Daneben äußert sich das Ziel der Rechristianisierung, das zahlreiche pfingstkirchliche Politiker verfolgen, vielfach in einer Intoleranz gegenüber anderen Religionen, insbesondere gegenüber den Katholiken und den afrobrasilianischen Gruppierungen. Dies erklärt, warum der Kandidat auf die Macht von Bildern setzte, um die von seinem neopentekostalen Image erhöhten Glaubensgrenzen zu überschreiten. Damit verlor er allerdings letztlich an Rückhalt bei seinen katholischen Wählern und verzeichnete Stimmeneinbußen auf der Zielgerade. Nichtsdestotrotz ist er ein weiteres Beispiel für die Suche der Wähler nach Alternativen, die nicht mit der klassischen Politik assoziiert werden.

Fazit: Bedeutung der Kommunalwahlen für die Präsidentschaftswahlen 2018

Die Kommunalwahlen 2016, in denen eher über das Schicksal des Landes als über das Schicksal der Städte debattiert wurde, lassen einen spekulativen Ausblick auf die nationalen Wahlen 2018 zu. Insbesondere São Paulos Gouverneur Geraldo Alckmin (PSDB) könnte in seiner Präsidentschaftskandidatur bestärkt werden, nachdem er mit der Unterstützung von João Doria einen Volltreffer gelandet hat. Für Ex-Präsident Lula, der sich auch wieder zur Wahl stellen möchte, haben sich die Aussichten durch die Schlappe der Arbeiterpartei hingegen erheblich verschlechtert – abgesehen davon, dass er zwischenzeitlich im „Lava Jato“-Skandal verurteilt werden könnte. Der gegenwärtige Staatspräsident Temer darf aufgrund einer Verurteilung wegen illegaler Wahlkampfspenden gar nicht erst antreten. Zudem könnte auch auf nationaler Ebene ein politischer Außenseiter die politikverdrossenen Wähler auf seine Seite ziehen. Es bleibt also spannend.